

Im Westen nichts Neues

Zur Tauglichkeit des Imperialismus-Begriffes für die aktuelle Analyse

Christian Brütt & Dario Azzellini

Rund um den Krieg gegen Jugoslawien erlebte der bereits etwas angestaubte Begriff »Imperialismus« eine erneute Renaissance. Der NATO-Angriff wurde als »imperialistischer Eingriff« titulierte und ganz Hartgesottene hielten die Lektüre Lenins für unausweichlich, um den Werdegang der Welt zu verstehen. Wir gehen allerdings davon aus, dass der Begriff »Imperialismus«, die Realität nicht mehr zu erfassen vermag und folglich auch kein Analyseinstrument mehr darstellt, das Handlungsoptionen aufzeigen kann. Angesichts der weitreichenden Veränderungen der Produktionsformen und politisch-ökonomischen Regulationsmechanismen im Verlauf der letzten zwei Jahrzehnte haben sich die militärischen Interventionen in ihrer Qualität grundlegend verändert. Dies macht sie weder besser noch schlechter als den altbekannten Imperialismus, doch ihre Andersartigkeit verlangt zur Kenntnis genommen zu werden, da es sonst schwer fällt politische Gegenstrategien zu entwickeln.

Es sei ebenfalls vorausgeschickt, dass wir keineswegs den gesamten Krieg ökonomisch ableiten wollen, es geht hier lediglich um eine Auseinandersetzung mit dem Imperialismusbegriff. Ob nach dieser Klärung in Debatten weiterhin »Imperialismus« – bei Bewußtsein über die Unterschiede zur leninschen Definition – benutzt werden wird, oder es besser ist, die Veränderungen auch durch eine andere Wortwahl deutlich zu machen, sei dahingestellt. Die analytische Schärfe des Begriffs »Imperialismus« ließ in der BRD-Linken bereits während der letzten 20 Jahre zu wünschen übrig. Nie theoretisch präzise definiert, stand Imperialismus mehr oder weniger für »alles Böse«, das sich westliche Industrieländer in »3.-Welt-Staaten« zu Schulden kommen ließen. Der Imperialismus wurde in den meisten Analysen eher als subjektiviertes Macht- und Ausbeutungsverhältnis gesehen. Während sich die Personifizierung des Bösen im Einzelnen (dem Unternehmer, dem ideellen Gesamtkapitalisten) in der Analyse des Kapitalismus kaum zu halten vermochte, da das Kapital durch die Form der Aktiengesellschaften, Fonds, GmbHs usw. immer eindeutiger die Herrschaft versachlichter Verhältnisse über die Individuen darstellt, hat im Bereich des Antiiperialismus die personifizierende und moralisierende Kritik überlebt.

Daraus folgt auch das verkürzte Verständnis, das in jeder »Befreiung vom Imperialismus«, also in jeder antiimperialistischen Bewegung, einen zu unterstützenden »Partner« findet. Rückt die Bedeutung der gesellschaftlichen Verhältnisse in den Hintergrund, fällt die Prozeßhaftigkeit gesellschaftlicher Entwicklungen unter den Tisch und tritt die bloße Unterscheidung in gut und böse an ihre Stelle, so gleicht jede Kritik an den vom Imperialismus Betroffenen automatisch als Verrat. Mit dem moralisch aufgeladenen Imperialismusbegriff verschwinden auch die Klassenschranken innerhalb der vom Imperialismus betroffenen Staaten. Damit kehren heute viele sich als kritisch präsentierende Strömungen der radikalen Linken wieder zu der klassischen parteikommunistischen Sichtweise zurück, die bis in die 80er Jahre hinein dominierte: Emanzipation verläuft im nationalstaatlichen Rahmen, wofür es der nationalen Souveränität bedarf, die dem Imperialismus nur mit einer »Volksfront« abgerungen werden kann (Klassenwidersprüche verschwinden, Geschlechter- und Rassenkonstruktionen bleiben unhinterfragt). Dass dies kaum zu einer grundlegenden Umwälzung der bestehenden Verhältnisse führt, haben während der letzten Jahrzehnte ausreichend Beispiele deutlich gemacht. Das soll nicht heißen, dass eine sozialistische Revolution grundsätzlich die einzig unterstützenswerte Bewegung darstellt, sondern dass bei der Ausrichtung der Solidarität nicht alle linken Parameter über Bord

geworfen werden dürfen. So war und ist der antikoloniale Kampf natürlich legitim, doch ist er mehr ein Kampf um das Recht auf Teilhabe am bürgerlich-kapitalistischen System (ein relativer Fortschritt im Vergleich zur vorhergehenden Unterwerfung und Ausplünderung), als ein (revolutionärer) Kampf dagegen.

Die tatsächliche Verbesserung der Lebenssituation der Bevölkerung in einigen Fällen (wie z. B. in Kuba), und das wird spätestens heute deutlich, war eine Nische, die die Blockkonfrontation eröffnet hat. Mit dem Ende der bipolaren Weltordnung und der Globalisierung der Ökonomie ist diese Möglichkeit allerdings verschwunden. Spätestens jetzt ist es also geboten, die Lage neu zu analysieren und die heutige Realität mit den Analysen Lenins und Luxemburgs abzugleichen, die (bewußt oder unbewußt) nach wie vor die markantesten Bezugspunkte linker Imperialismusdefinitionen darstellen.

Lenins Imperialismustheorie

Mit der Imperialismustheorie[1] wollte Lenin den damaligen (1916) Zustand des Kapitalismus darstellen. Mit seiner Kurzdefinition – »dass der Imperialismus das monopolistische Stadium des Kapitalismus ist« – verband sich seine Hauptthese: Da das ökonomische Wesen des Imperialismus, der Monopolkapitalismus, das Monopol wiederum auf dem »Boden der freien Konkurrenz und eben aus der freien Konkurrenz« erwachsen ist, bedeutete es »den Übergang von der kapitalistischen zu einer höheren ökonomischen Gesellschaftsformation«. Der Imperialismus ist kapitalistisch, steht aber im unauflösbaren Widerspruch zum Kapitalismus, da Monopole die Tendenz zur »Fäulnis« und Stagnation bedeuten. Ergo: Im Imperialismus frißt sich der Kapitalismus selbst auf; er ist ein »Übergangskapitalismus oder, richtiger, (...) sterbender Kapitalismus«.

Mit seiner Imperialismustheorie verknüpft Lenin auch eine gehörige Portion Geschichtsoptimismus. Denn dieser Übergang könne nun revolutionär abgeschlossen werden. Lenin betrachtete die Aufteilung der Erde unter die kapitalistischen Großmächte als abgeschlossen. Demzufolge zielen imperialistische Kriege nicht mehr auf Eroberung, sondern auf Neuverteilung bereits erobert Gebiete, sind also im wesentlichen ein »Wettkampf einiger Großmächte in ihrem Streben nach Hegemonie«. Es sind Großmächte, die gegeneinander Krieg führen, um ihren nationalstaatlichen Führungsanspruch durchzusetzen, wie es im Ersten Weltkrieg geschehen ist.

Politische Folgerungen Lenins

Aus seiner Analyse hat Lenin mehrere politische Folgerungen gezogen. Erstens: »Der Imperialismus hat die Tendenz, auch unter den Arbeitern privilegierte Kategorien auszusondern und sie von der großen Masse des Proletariats abzuspalten«, was durch die Monopolprofite ermöglicht wird und zu opportunistischem und nationalchauvinistischem Denken in der Arbeiterklasse führt. Es gehe aber vielmehr darum – zweitens – den Monopokapitalismus als notwendiges Stadium des Kapitalismus zu begreifen und nicht durch Reformen die Fäulnis des Kapitalismus zu verhindern. Im Ersten Weltkrieg sieht er eine Zuspitzung des Imperialismus, in der der monopolistische Kapitalismus zum staatsmonopolistischen Kapitalismus[2] wird. Das bedeutet aber auch eine bereits vorangeschrittene Vergesellschaftung der Ökonomie aufgrund der engen Verflechtung von Staat und Kapital. Ergo: die Voraussetzung für die proletarische Revolution ist so gut wie nie. Drittens: Aus der Bestechung der Arbeiterklasse folgerte Lenin, dass sich der Klassenkampf von der nationalen auf die internationale Ebene verschiebe und verschieben müsse. Eine Voraussetzung hierfür sei die Aufteilung der Welt in ein »Häuflein Wucherstaaten und eine ungeheure Mehrheit von Schuldnerstaaten«. Genau mit den Mehrheiten der Bevölkerung dieser ausgebeuteten Kolonien und Halbkolonien[3] müsse der internationale Klassenkampf geführt werden. Denn der Kapitalismus könne auch an der Peripherie des kapitalistischen Weltsystems aufbrechen.

Rosa Luxemburg

Im Gegensatz zu Lenin betonte Rosa Luxemburg die kapitalismusimmanente Notwendigkeit der Ausbeutung nichtkapitalistischer Produktion, Gebiete und Bevölkerungsgruppen. Sie wendet sich damit gegen die bei Marx und auch bei Lenin vorherrschende Verengung der Analyse auf das Verhältnis von Kapital und Lohnarbeit bzw. Kapitalisten und Lohnarbeiter und erweitert sie um zwei weitere Produktionsverhältnisse, die eben nicht auf Lohnarbeit basieren: Hausarbeit und Subsistenzarbeit. Denn diese nichtkapitalistischen Milieus benötige der Kapitalismus, um Arbeitskräfte, Rohstoffquellen und vor allem Absatzmärkte erschließen zu können. Ohne diese Möglichkeit sei keine Akkumulation machbar. Während für Marx die Kolonialisierung für die »sogenannte ursprüngliche Akkumulation« notwendig war, stellt Luxemburg heraus, dass eine mit Gewalt und Unterdrückung einhergehende »ursprüngliche Akkumulation« ständig für die Reproduktion des Kapitalismus notwendig sei. Diese werde im wesentlichen durch nationalstaatlich-militärische Mittel durchgesetzt.[4] Wie Lenin sieht Luxemburg eine Zwangsläufigkeit der historischen Entwicklung in Richtung Sozialismus, der aber erst dann eintreten können, wenn alle nicht-kapitalistischen Milieus erschlossen seien, so dass der Kapitalismus nicht weiter expandieren könne. Aus dieser Logik mußte sie es begrüßen, dass weitere Gebiete kapitalistisch inwertgesetzt wurden.

Kapitalismus ist Kapitalismus – basta?

Kapitalismus bleibt Kapitalismus – das ist wohl richtig, wenn von einigen grundlegenden Merkmalen ausgegangen wird. Marx, Lenin und Luxemburg taten dies, waren aber dennoch bemüht um eine Analyse des historisch-konkreten Kapitalismus. Sie machten aber allesamt den Fehler, aus den Grundgesetzlichkeiten des Kapitalismus geschichtsdeterministisch auf bestimmte Phasen hinzuweisen, die von Gesellschaften durchlaufen werden, zum Sozialismus führen und letztendlich im Kommunismus münden. Von diesem Denken geleitet wurden immer wieder neue letzte Phasen entdeckt und benannt, die den Vorabend der sozialistischen Revolution hätten bilden sollen. Bei Lenin und Luxemburg war es der Imperialismus – hat leider nicht geklappt. Später dann bei den Marxisten im Osten wie im Westen der Spätkapitalismus oder im direkten Anschluß an Lenin der staatsmonopolistische Kapitalismus (Stamokap) – auch eine Hoffnung, die sich nicht erfüllte. Doch jenseits aller Namensfindungen und damit verbundenen politischen Strategien scheint eines geblieben zu sein: der Imperialismus. Hat sich also doch nichts geändert?

Unterschiede

Im Wesentlichen zielt unsere Kritik am moralisierenden Gebrauch des Imperialismusbegriffs auf den Zusammenhang von der Analyse des kapitalistischen Weltsystems und der aus ihr abgeleiteten politischen Strategie. Für Lenin war klar, dass nationalstaatliche Imperialismen zum Krieg führen, dass Reformen nationalchauvinistisch sind und dass das kapitalistische Weltsystem auch von der Peripherie her aufgerollt bzw. revolutioniert werden kann. Es sollte eine Revolution ausgehend von einem Nationalstaat sein, die auf das gesamte Weltsystem ausstrahlt. Fortgesetzt wurden die Annahme in der Dependenz-Theorie, die es ebenfalls für möglich hielt, einen nationalstaatlichen Alleingang der Abkopplung vom Weltmarkt und der »self-reliance« (Selbstgenügsamkeit) durchzuführen. Auf Nationalstaaten zentriert war auch die Annahme, dass die Befreiungsbewegungen bzw. die »Völker« der Trikontstaaten sich außerhalb des kapitalistischen Weltsystems stellen und auf wundersame Weise die Zentren einkreisen könnten – wenn sie denn nur ausreichend unterstützt würden. Mit der Veränderung der politischen Ökonomie des kapitalistischen Weltsystems müssen sich auch die politischen Strategien ändern, wenn sie nicht hoffnungslos daneben liegen wollen. Es reicht eben nicht, den NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien als imperialistischen Krieg zu bezeichnen, um dann reflexhaft dem bedrohten »Volk« zur Hilfe zu eilen. Zum einen war dieser kein

imperialistischer Krieg im Sinne Lenins. Es waren keine imperialistischen Mächte, die wie im ersten Weltkrieg gegeneinander Krieg führten. Dieses imperialistische Gegeneinander war bereits in Zeiten des »Kalten Krieges« bzw. der »Blockkonfrontation« samt deren Stellvertreterkriegen nicht mehr aktuell und ist es nach dem Zusammenbruch der Warschauer Vertragsorganisation (WVO) nie wieder geworden. Vielmehr war es ein imperialer Krieg um Hegemonie ohne direkte Zuspitzung, der zwar einige Elemente imperialistischer Kriege beinhaltet, aber vor einem anderen weltökonomischen Hintergrund ablief. Genau auf diese Unterschiede kommt es uns an.

Nationalstaaten und Weltökonomie

Die internationale Regulation erfolgt nicht mehr im Sinnbild von geschlossenen Billardkugeln, die mit ihren jeweiligen Interessen aufeinanderstoßen und ihre Hegemoniekämpfe notfalls mittels Krieg austragen. D. h. zwar nicht, dass es sich nicht mehr um Kapitalismus, Ausbeutung und Unterdrückung handelt, sondern vielmehr dass sie anders vonstatten gehen. In diesem Sinne stellte der NATO-Angriffskrieg zwar einen Kampf imperialer Mächte um Hegemonie dar, der auf dem Rücken Jugoslawiens ausgetragen wurde. Allerdings stand dabei nicht so sehr die Unterwerfung Serbiens im Vordergrund als vielmehr erstens das Umgehen bzw. faktische Ausschalten der UNO zwecks Machterweiterung der NATO innerhalb der globalen Regulation (endgültige »Selbstlegitimierung« von Out-of-Area-Einsätzen) und zweitens das militärische Aufrüsten der EU, also Integration der EU qua militärischer Macht als Ergänzung zur Integration qua ökonomischer Macht.

Auch ein weiterer wichtiger Aspekt, den sowohl Lenin als auch Luxemburg nennen und der vor allem in der Wehler'schen Theorie des »Sozialimperialismus« stark hervorgehoben wurde, hat sich geändert: die Verteilung der Ausbeutungsergebnisse an eine »Arbeiteraristokratie« in den imperialistischen Ländern. Erstens ist die Einbindung der Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Staat spätestens seit der Anerkennung von Gewerkschaften als »Sozialpartner« abgeschlossen, und insofern ist der »Klassenkompromiß« zwischen nationaler Bourgeoisie und industriellem Proletariat am Ende. Zweitens kann heute – nach dem Fordismus – kaum noch von einer materiellen Bestechung über Löhne bzw. soziale Sicherung die Rede sein. Kooptiert und bestochen werden jetzt die Akteure der »Neuen Sozialen Bewegungen« und der NGOs, die inzwischen feste Bestandteile einer Global Governance geworden sind.

Zudem bildet sich über die Wettbewerbs- und Standort-Rhetorik eine modernisierte Form von nationalistischer Identitätspolitik heraus, die in Deutschland Elemente der Volksgemeinschaftsideologie enthält. Allerdings spielt sich dies auch in Deutschland zunehmend in einem regionalistischen Rahmen ab und entspricht zunehmend einer »arbeitsamen Produzentengemeinschaft« – der ideologische Spiegel postfordistischer Produktion (nicht mehr zentralisiert, sondern verteilt auf das Territorium; Auslagerung in kleine und mittlere Unternehmen; Produktion unter starker Einbeziehung der Sozialstrukturen und lokaler / regionaler Netze usw.).

Diese chauvinistische Gemeinschaft entsteht, weil sich die neuen »Produzenten«, die die traditionelle Figur des Arbeiters zunehmend ablösen, in ihrer Zersplitterung bisher nicht als »Klasse an sich« konstituiert haben.[5] Die Nationalstaaten richten sich strukturell und strategisch neu aus: Strukturell durch die Dezentralisierung der Staatlichkeit und die Entstaatlichung der Regulation. D. h. das sowohl die supranationale (z. B. die EU) als auch die trans- und subnationalen (lokale Staaten, Wettbewerb der Regionen und Metropolen) Ebenen an Bedeutung gewinnen, was durch neuere Governance-Strukturen unterstrichen wird; strategisch durch eine stärkere Orientierung auf den Weltmarkt statt auf den Binnenmarkt. Von »schwachen Staaten« zu reden, weil sich die klassischen »Sozialstaaten« von ihren »sozialen« Anteilen verabschieden, ist aber mehr als unzutreffend. Die Deregulierung und Privatisierung des Sozialen geht einher mit einer Regulation im Sinne

einer systemischen Wettbewerbsfähigkeit. Während die »Wettbewerbsstaatlichkeit« den Hegemoniekampf der Nationalstaaten untereinander also die eine Seite der »Neuen Weltordnung« beschreibt, stellt die »Blockbildung«[6] die andere Seite dar.

Globalisierung des Militärs – die »Weiße Rasse« unter Waffen

Mit dem Ende des »Ostblocks« und somit der Warschauer Vertragsorganisation (WVO – bekannter unter dem Namen »Warschauer Pakt«) wäre eigentlich die NATO überflüssig geworden, da ihr der direkte, potentielle Aggressor abhanden gekommen war. Bereits auf dem NATO-Gipfeltreffen im November 1991 wurde deutlich, dass die Aufgaben im Sinne eines »erweiterten Sicherheitskonzeptes« reformuliert werden sollen.[7]

Im Grunde genommen bestand die Reformulierung in einer zweifachen geographischen Ausdehnung bzw. Entgrenzung der NATO-Operationen: Zum einen basieren die Einsatzszenarien vor allem auf der Annahme von militärischen Operationen ausserhalb des Bündnisgebietes: out of area – von der Ausnahme zum Regelfall. Nach Scharping habe die neue Doktrin jedoch nichts mit einer »globalen« NATO zu tun. Schließlich geht es um die Interessen der USA und der EU. Die Schlußfolgerung ist deutlich: »Entweder wir treten krisenhaften Entwicklungen dort entgegen, wo sie entstehen. Oder wir müssen deren Folgen in Kauf nehmen, mit dem Risiko eines Übergreifens auf das Bündnisgebiet.«[8]

Die Interessen der EU und der USA eröffnen weitreichende Tätigkeitsfelder.[9] Zum anderen werden neue Mitglieder aufgenommen wie zuletzt Polen, Ungarn und die Tschechische Republik am 12. März 1999. Damit wurde vor allem der GUS deutlich gemacht, dass sie immer weniger zu melden hat. Zudem wird militärisch vollzogen, was das ökonomische Hauptziel ist: eine möglichst große, stabile Freihandelszone Europa. Die NATO setzt »die Weiße Rasse« unter Waffen, mandatiert sich selbst für die Durchsetzung der »Neuen Weltordnung«, die inhaltlich vor allem von den USA und Westeuropa diktiert wird. Aus dieser »Neuen Weltordnung« soll niemand ausbrechen oder sie in Frage stellen können. Für Europa soll im Zuge dieser Tendenz eine eigene »Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität« (ESVI) über eine Stärkung der »Westeuropäischen Union« (WEU)[10] ausgebildet werden, deren Konkretisierung im Laufe des Angriffskrieges erneut auf die Agenda gesetzt wurde. Das globalisierte Militär der NATO mutiert zum Leviathan der Weltinnenpolitik, indem sie mit der »Lizenz zum Töten« ein klassisches Souveränitätsrecht von Staaten wahrnimmt.[11]

Die Ökonomie des Krieges – Rambouillet und M.A.I.

Jedes zu Schrott gefahrene Auto, jede am 1. Mai zerborstene Schaufensterscheibe, alles, was Neuanschaffungen notwendig macht, wirkt positiv auf das Bruttosozialprodukt, ist also gut für die Wirtschaft. Kriege gleichen demnach kleinen Wirtschaftswundern – vor allem für diejenigen, die sie gewonnen haben. Sie beglücken eben nicht alle gleichmäßig. Was aber sagen Zahlen aus, die auf einen steigenden Dow-Jones-Index nach Kriegsbeginn, auf zu erwartende enorme Gewinnspannen des militärisch-industriellen Komplexes, auf fette Aufträge für die Firmen der siegreichen Staaten hinweisen? Im Grunde genommen nur eine Banalität: Krieg ist gut für die Wirtschaft. Damit ist noch gar nichts erklärt, noch keine Ursache für den Krieg gegen Jugoslawien benannt. Im Gegensatz zum »klassischen« Imperialismus geht es nicht nur um eine bloße Ausbeutung der Rohstoffe und Arbeitskräfte oder des Absatzmarktes des angegriffenen Landes.

Der Angriffskrieg gegen Jugoslawien erscheint in einem anderen Licht, wenn er zu anderen Prozessen der neuen »Weltordnungspolitik« in bezug gesetzt wird. Hier ist vor allem das Multilaterale Investitionsabkommen (M.A.I.) zu nennen. Es verdeutlicht die neuen Methoden des Kapitalismus: Es geht um die Durchsetzung einer einzigen möglichen Wirtschaftsform, einen Absolutismus des Investitionsschutzes. Einfache Ausbeutung wird erweitert um die Doktrin des globalen Eigentumsschutzes für transnationale Konzerne. Was haben die

Klauseln des M.A.I.[12] – wie Investitionsschutz, Schutz vor direkter und indirekter Enteignung – im »Friedensvertrag« von Rambouillet zu suchen? Bundeskanzler Schröder gibt eindeutige Antworten: »Die Wahrung der Menschenrechte [...] sind auch für die Wirtschaft ein bedeutsames Prinzip: Ohne umfassende Freiheiten gibt es keine wirklich freien Märkte.« Und weiter: »Ohne ökologische Nachhaltigkeit und ohne freie Entfaltung der Individuen gibt es keine Investitionssicherheit.«[13] Auch für den Bundesverteidigungsminister Scharping gehört die Durchsetzung der Marktwirtschaft und die »nachhaltig(e) Verankerung der südosteuropäischen Staaten in die euroatlantischen Strukturen« zu den drei Hauptzielen der NATO-Politik.[14] Im kapitalistischen Weltsystem stehen sich militärisch nicht mehr einzelne Nationalstaaten gegenüber, sondern mächtige Blöcke unter der Hegemonie jeweils eines Staates, die in »Sicherheits« – bzw. militärischen Fragen kooperieren. Was die USA für die NAFTA, Japan für ASEAN/AFTA ist Deutschland für die EU. Innerhalb der NATO haben die USA die eindeutige Hegemonialstellung, die auch durch den Ausbau der WEU samt GASP nicht wesentlich in Frage gestellt wird.

Was tun?

Nun wäre es an der Reihe, aus der Analyse Schlußfolgerungen für Strategien politischen Handelns zu ziehen. Dabei fällt es schwer Punkte zu benennen, die nicht schon während der vergangenen Jahre zu den vermeintlichen Essentials linker, antagonistischer Politik gehörten. Doch da gerade rund um den Kosovokrieg einige dieser Prämissen wieder vergessen wurden, sei hier noch einmal darauf hingewiesen. Augenscheinlich ist, dass eine Parteinahme entlang nationalstaatlicher Grenzen keinen Sinn mehr macht. Es müssen viel mehr jene unterstützt werden, die aus dem Krieg desertieren, aus der herrschenden Logik ausbrechen, sich verweigern und gleichzeitig etwas Neues aufbauen. Eine Solidarisierung muß an der Basis verlaufen, und zwar mit jenen Kräften, die die Reproduktion von Macht- und Herrschaftsmechanismen nicht mitmachen: also keinen Schwerpunkt auf die Teilnahme an den bestehenden Verwaltungsstrukturen setzen; ihre Entscheidungen und Ein- sowie Ausschlußmechanismen, nicht gemäß »nationaler« Kriterien bestimmen und nicht auf rein durch »Volkszuhörigkeit« bestimmte Kollektive setzen, ihr Handeln nicht gemäß den Regeln der kapitalistischen Verwertung bestimmen und es auch nicht – wie viele NGOs – unterbezahlt zur Elendsverwaltung in den Dienst der Herrschenden stellen usw. Dabei gilt es, sich davon zu verabschieden auf die ehemaligen Transmissionsriemen des Willens der »Arbeiterklasse« (Parteien und Gewerkschaften) zu schielen und von ihnen (klammheimlich) Reformen zu erhoffen; dem Diskurs der vermeintlichen Universalisierung der Menschenrechte und der »Welt ohne Grenzen« (für Kapital und Waren) muß die Universalisierung und damit Verallgemeinerung individueller Rechte sowie die grenzenlose Welt für Menschen gefordert werden. D. h. zum Beispiel das Recht auf eine menschenwürdige Existenz für alle Menschen (1.500,- DM + Miete) und offene Grenzen ... einige der genannten Punkte werden in diesem Heft angeschnitten, andere werden sicher folgen. Dies ist weder der Anfang noch das Ende der Debatte. Der Weg entsteht beim Laufen

Anmerkungen

[1] Wladimir Iljitsch Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Gemeinverständlicher Abriß, Lenin Werke, Band 22, 189-309

[2] Wladimir Iljitsch Lenin: Staat und Revolution. Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution, Lenin Werke, Bd. 25, 393-507

[3] Lenin hatte als »Halbkolonie« vor allem Rußland im Auge.

[4] Hierin liegt ein Ansatz, um die Verknüpfung von patriarchalen und kapitalistischen Herrschaftsverhältnissen zu ergründen und um das bis heute fortbestehende Starren auf die »Lohnarbeit« zu kritisieren. Hierauf verweisen auch feministische Theorien wie die von

Claudia von Werlhof, Maria Mies und Veronica Bennholdt-Thomsen: Frauen, die letzte Kolonie, Reinbek 1983 oder Maria Mies: Patriarchat und Kapital. Frauen in der internationalen Arbeitsteilung, Zürich 1996.

[5] Wobei wir durchaus wissen, dass »Klassenbildung« nicht gegen Volksgemeinschaftsideologeme oder Rassismus immun macht.

[6] Im linken Volksmund auch »Triadisierung« genannt.

[7] Vgl. Paul-Marie de la Gorce, Wie die NATO den Kalten Krieg überleben konnte, in: Le Monde diplomatique Nr. 5812 vom 16.04.1999

[8] Rudolf Scharping: Das transatlantische Bündnis auf dem Weg in das 21. Jahrhundert. Rede des Bundesministers der Verteidigung bei der »Deutschen Atlantischen Gesellschaft« am 18.04.1999, www.bundeswehr.de/presse/news/1999/rede_99_s4.htm

[9] Sehr gut nachvollziehbar im Presse-Kommuniqué der NATO: »Das Strategische Konzept des Bündnisses vom 24. April 1999«, www.nato.int/docu/pr/1999/p99-065d.htm. Oder bei Javier Solana, Ex-Generalsekretär der NATO, der eine Schwerpunktverlagerung »von der Abwehr einer massiven Bedrohung zur Verhinderung und Eingrenzung von regionalen Konflikten«, so dass die NATO von »einem Instrument der Friedenserhaltung zu einem Instrument der Friedensgestaltung geworden« sei (Solana: »Instrument des Frieden«, in: IFDT 3/99).

[10] Die WEU wurde 1948 als Bündnis gegen die Wiederaufnahme deutscher Angriffspolitik gegründet, hat nach Aufnahme von Deutschland und Italien 1954 seine Ziele geändert und soll nun zum europäischen Arm der NATO ausgebaut werden. Wenn es nach Bundeskanzler Schröder geht, dann soll der künftige Hohe Vertreter der »Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik« (GASP) der EU in Personalunion mit dem Generalsekretär der WEU eingesetzt werden.

[11] Vgl. Alex Demirovic: Balkankrieg, Postfordismus und Global Governance, in: Prokla 115, 29. Jahrgang (1999), 193-202, S. 197

[12] Zum MAI siehe Maria Mies/Ckaudia v. Werlhof (Hg.): Lizenz zum Plündern, Hamburg 1998

[13] Gerhard Schröder: Deutsche Sicherheitspolitik an der Schwelle des 21. Jahrhunderts. Rede anlässlich der »Münchener Tagung für Sicherheitspolitik am 6. Februar 1999«, <http://bundeskanzler.de/01/0101/12/>

[14] Vgl. Scharping, a.a.O. 1999